

GRÜNE Fraktion: Kompetenz³!

■ Nach der Kommunalwahl haben die GRÜNEN neun Sitze im Stadtrat

Mit 12,29% für die GRÜNEN (für alle die es genau wissen wollen: 16.272 Stimmen) verfügen wir jetzt über 9 Sitze im neuen Rat.

Damit konnten wir die Zahl unserer Ratssitze verdreifachen! Danke an unsere Wählerinnen und Wähler! Dementsprechend sind wir auch mit dreifacher Kraft direkt ans Werk gegangen.

Als erstes musste die Anzahl der Ausschüsse und die Zahl der Ausschussmitglieder festgelegt werden. Dass die Anzahl der Ausschüsse aus Kostengründen verkleinert werden sollte, darüber waren sich alle Fraktionen schnell einig. Allerdings glaubten die FDP und die SPD, sich für einen zweiten Sitz der GRÜNEN in den Ausschüssen stark machen zu müssen. Wir sind jedoch anderer Auffassung:

Wir können nicht von allen WuppertalerInnen verlangen, den Gürtel enger zu schnallen, selbst aber keinerlei eigenen Beitrag leisten.

Und das ist sie, die neue Ratsfraktion der GRÜNEN: An der Spitze der Fraktion stehen Gerta Siller und Peter Vorsteher als SprecherInnen.

Die GRÜNE Fraktion hat den Vorsitz im Ausschuss für Umwelt mit Bettina Brücher besetzen können und mit Gerta Siller den Vorsitz im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann. Die politischen Schwerpunkte der Stadtverordneten sind wie folgt:

- **Gerta Siller** engagiert sich für Gleichstellung sowie alle ordnungspolitischen Bereiche,
- **Peter Vorsteher** vertritt die Bündnisgrünen in allen Themenfeldern des kommunalen Haushaltes
- **Gabriele Mahnert** ist für die Sportpolitik zuständig
- **Lorenz Bahr** als GRÜNER Bürgermeister hat die Schwerpunkte Stadtentwicklung, Wirtschaft und Regionale 2006,
- **Susanne Sperling** vertritt die GRÜNEN Interessen im migrationspolitischen Bereich,
- **Paul Yves Ramette** engagiert sich in der Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Jugendhilfepolitik,
- **Bettina Brücher** vertritt die GRÜNEN umweltpolitischen Themen,
- **Marc Schulz** ist zuständig für Zentrale Dienste sowie den Schulbereich und
- **Anja Liebert** hat die Schwerpunkte

V.l.n.r.: Gabriele Mahnert, Marc Schulz, Paul Yves Ramette, Susanne Sperling, Anja Liebert, Lorenz Bahr, Gerta Siller, Bettina Brücher, Peter Vorsteher

Freie Sicht auf Cronenberg

■ Keinen Blick auf den Klimaschutz?

Haben Sie sich auch im November über den Beitritt Russlands zum Kyoto-Protokoll gefreut? Das internationale Dokument zum Klimaschutz tritt damit endlich am 16. Februar 2005 in Kraft.

Was das mit Wuppertal zu tun hat? Eine ganze Menge! Denn auch Städte und Gemeinden sind dazu verpflichtet, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu verringern. Bereits 1996 hat Wuppertal mit dem CO₂-Minderungsprogramm beschlossen, bis zum Jahr 2010 38% der energiebedingten CO₂-Emissionen gegenüber 1992 zu senken. Mit den 2 geplanten Windkraftanlagen auf dem Kastenberg/Scharpenacken würden wir diesem Ziel bedeutend nahe kommen. Bis heute wurde erst ein Viertel der geplanten Reduzierung erreicht. Und zwar durch die Windkraftanlage auf Korzert und einige Photovoltaik-

Anlagen. Ohne den Bau der geplanten Windkraftanlagen auf dem Kastenberg bleibt das Erreichen dieses Zieles bis zum Jahr 2010 illusorisch.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht sich nach Abwägung aller Kriterien für die Windkraftanlagen am Kastenberg aus. Wir sind überzeugt davon, durch die Erzeugung von erneuerbarer Energie auch in Wuppertal einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu müssen, um den Ausstoß von CO₂-Emissionen weiter zu senken und schon allein zum Wohle unserer Kinder die negativen Auswirkungen des enormen Energieverbrauches in den westlichen Industrieländern einzudämmen. Da eine Bürgerinitiative und interessierte politische Kräfte lautstark gegen die Planungen Sturm laufen, hat die Stadtverwaltung Wuppertal die nach Recht und Gesetz mögliche Baugenehmigung nicht erteilt und der Politik die Entscheidung überlassen. Die jetzige Taktik des Planungsdezernenten

Thomas Uebrick (FDP), der Politik eine Ablehnung der Anlagen zu empfehlen, da der Flächennutzungsplan geändert werden müsse, ist mehr als fadenscheinig. Oberbürgermeister Jung ist da ehrlicher, wenn er einen freien Blick auf Cronenberg fordert und dabei deutlich macht, wo seine Prioritäten liegen. Warum sind die Gegner und Gegnerinnen der Anlage nicht auch einfach ehrlich und sagen: Umweltschutz schön und gut, aber bitte nicht vor meiner Haustür?

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing Anfang Dezember haben CDU, FDP und WFW die Vorlage der Verwaltung beschlossen und sich gegen die Windkraftanlagen auf dem Kastenberg ausgesprochen. Wir fordern die Fraktionen von CDU, FDP und WFW auf, jetzt Farbe zu bekennen, wie ernst sie es mit der gemeinsam

Fortsetzung Seite 2

Guten Tag!

Die für uns sehr erfolgreiche Kommunalwahl liegt nun hinter uns, die Fraktionen haben sich konsolidiert und es steht eine interessante und spannende Legislaturperiode bevor. Ohne feste Kooperation zwischen den Fraktionen wird je nach Sachlage mit wechselnden Mehrheiten im Rat entschieden werden.

Die schwierigsten Themen werden die Verabschiedung des städtischen Haushaltes und der konkrete Umgang mit den Schulden durch den Schwebebahnausbau sein. Die GRÜNE Fraktion wird alles in ihrer Macht stehende tun, damit auch trotz leerer Kassen das ökologische und soziale Wuppertal aufrecht erhalten bleibt, das ist versprochen!

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine schöne Weihnachtszeit und einen festlichen Übergang in das nächste Jahr. Bleiben Sie uns gewogen, bis zur nächsten Ausgabe.

KURZ & klein

Freie Sicht auf Cronenberg

■ Fortsetzung von Seite 1

Stadtumbau West: 1 Mio. Euro fürs Tal

Der GRÜNE NRW-Minister für Städtebau und Wohnen, Michael Vesper, hat durch sein Engagement erreicht, dass die Bundesregierung ein Förderprogramm "Stadtumbau West" auflegte, von dem auch Wuppertal profitieren wird. Ziel ist die Unterstützung des Strukturwandels in solchen Städten, die aufgrund ihrer Industriegeschichte und der demographischen Entwicklung schrumpfen und große wirtschaftliche, städtebauliche, soziale und wohnungswirtschaftliche Probleme zu bewältigen haben. An Bundesmitteln stehen dafür NRW-weit 11,4 Mio. Euro, an Landesmitteln weitere 16,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Insgesamt waren bei der Landesregierung 66 Förderanträge aus 47 Kommunen eingegangen; davon auf GRÜNE Initiative hin auch ein Antrag aus Wuppertal.

Mit der in Aussicht gestellten 1 Mio. Euro für 2005 soll Wuppertal als Wohn- und Wirtschaftsstandort stabilisiert, die Schaffung und Erhaltung neuer Arbeitsplätze und die Stärkung der Zukunftsfähigkeit, besonders in den Stadtteilen Arrenberg, Nordstadt oder Wichlinghausen usw. umgesetzt werden. Die GRÜNEN werden sich jetzt dafür stark machen, dass das Projekt Soziale Stadt aus den zur Verfügung stehenden Bundesmitteln bald möglichst umgesetzt wird.

Radwege in Vohwinkel

In der ersten Sitzung der Legislaturperiode machte sich die GRÜNE Fraktion in der Bezirksvertretung Vohwinkel bereits für die Verbesserung der Radwege stark. In der Sitzung am 08. Dezember beantragten die GRÜNEN, die sehr stark beschädigte Wegdecke des Radweges an der Osterholzer Straße von der Straße "Waldkampfbahn" Richtung Gruiten (zwischen der Sportanlage an der Waldkampfbahn und etwa der Einmündung des Hahnenfurther Weges) zu reparieren und bis dahin RadfahrerInnen die Straße nutzen zu lassen.

In der Begründung wird auf die starken Beschädigungen des Radweges hingewiesen, die ein gefahrloses Radeln unmöglich machen. Durch die starken Verwerfungen sind immer wieder Beschädigungen an den Fahrrädern (lose gerüttelte Schutzbleche u. ä.) sowie von Gepäckträgern herabfallende Gegenstände, die den nachfolgenden Verkehr gefährden, zu beobachten. Notgedrungen müssen die RadfahrerInnen bereits jetzt auf die Fahrbahn der Kraftfahrzeuge ausweichen, bislang allerdings rechtswidrig aufgrund der Radwege-Benutzungspflicht.

ernst sie es mit der gemeinsam beschlossenen nachhaltigen Zukunft Wuppertals meinen. Wenn sie die Anlagen auf dem Kastenberg ablehnen, dann sollten sie andere Standorte auf Wuppertaler Gebiet benennen, die ebenso für Windkraftanlagen geeignet sind.

Insgesamt wird sehr emotional argumentiert, so dass wir an dieser Stelle einmal die Fakten darstellen möchten. Windenergie ist sauber und unbegrenzt verfügbar. Sie ist derzeit die preiswerteste und effektivste der erneuerbaren Energien. Laut einer Umfrage des Alvensbach-Institutes wird die Windenergie von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet.

Auf dem Kastenberg plant ein Betreiber zwei sogenannte Bürgerwindräder zu je 600 kW Leistung. Ökologisch interessierten WuppertalerInnen soll die Beteiligungsmöglichkeit an einer Windkraftanlage angeboten werden. Es sollen seriengefertigte Anlagen der Firma Enercon errichtet werden mit einer Nabenhöhe von 77,70 m und Rotordurchmessern von 44 m. Die Gesamthöhe beträgt demnach 99,55 m. Beide Windkraftanlagen zusammen sollen einen Stromertrag von ca. 100.000 kWh/Jahr liefern und kann damit bis zu 500 Wuppertaler Haushalte mit ökologischem Strom beliefern. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) des Bundes vom 01.06.04 sieht verschärfte Standortkriterien für Windkraftanlagen im Binnenland vor. Mindestens 65% des Windertrages von Referenz-Küstenstandorten müssen erreicht werden. Das ist am Kastenberg der Fall.

Die Windenergie erbringt einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Durch sie werden jährlich etwa 13 Millionen Tonnen CO₂ und weitere Luftschadstoffe vermieden. Bis 2025 soll der Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung auf 25 Prozent steigen. Dies allein würde unsere gesamten CO₂-Emissionen bereits um 10 Prozent mindern. Mit den geplanten Wuppertaler Windkraftanlagen würde unsere Stadt von ca. 1.000 Tonnen CO₂ jährlich entlastet.

Die Unterstützung von Windenergieanlagen wird in erster Linie durch das EEG geregelt, das Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien

Der geplante Standort der Windkraftanlagen liegt ca. 150 m westlich der A 1

vorsieht. Diese werden nicht aus Steuern gezahlt und sind daher keine Subventionen. Die Vergütung wird nach und nach gesenkt. Die Kosten werden verbrauchsabhängig auf den Strompreis umgelegt und belasten einen Durchschnittshaushalt mit ca. einem Euro pro Monat. Bei Preisvergleichen werden aber immer die Folgekosten der atomaren und fossilen Energienutzung vergessen, die sich nicht in den Preisen für diese Energien wiederfinden. Sie verursachen im Gegensatz zu den Erneuerbaren hohe Kosten für die Allgemeinheit, u.a. durch Waldsterben, Flut- oder Dürreschäden, Bergbauschäden, Tankerunfälle, Gesundheitskosten oder Atomtransporte. Das EEG verringert diese Kosten und ist

damit ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Gewinn. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes liegen die eingesparten Kosten durch erneuerbare Energien monatlich bei etwa 5 Euro pro Haushalt. Aus Windkraft erzeugter Strom ist heute schon günstiger als Strom aus der deutschen Steinkohle. Ein Arbeitsplatz in der Kohleindustrie wird pro Jahr mit mehr als 50.000 Euro aus Steuergeldern subventioniert. Sonne, Wind und Wasser haben sich zum Jobmotor entwickelt: 130.000 Menschen sind dort mittlerweile beschäftigt – mehr als in der Atom- und Kohleindustrie. Allein in der Windenergie arbeiten rund 40.000 Menschen. Rein rechtlich sind die geplanten Anlagen auf dem Kastenberg nach § 35 Bau-

Gesetzbuches sogenannte privilegierte Anlagen. Die Windkraftanlage selbst stellt gemäß § 4 Abs. 3, 4. Landschaftsgesetz NRW keinen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Nicht ganz vergessen darf man darüber hinaus, dass durch die nahegelegene L 419 und die A 1 das umstrittene Gebiet schon lange keine unberührte Natur mehr darstellt. Insofern sollten alle möglichen Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden, um den drohenden Klimawandel zu bekämpfen. Die Sichtweise der Bürgerinitiative - meist AnwohnerInnen - das Vorhaben subjektiv als Eingriff in das Landschaftsbild zu bewerten, sollte relativiert und die Bedeutung für den Klimaschutz in den Vordergrund gestellt werden.

Ein GRÜNER Bürgermeister

■ Interview mit Lorenz Bahr

Nach fünf Jahren "Abstinenz" stellen Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit Lorenz Bahr (36) wieder einen GRÜNEN Bürgermeister für Wuppertal. Damit hat Irmgard Wohlert, die bundesweit erste GRÜNE Bürgermeisterin, einen Nachfolger.

DIESE GRÜNEN sprach mit Lorenz Bahr über seine Motive und Ziele in den nächsten fünf Jahren.

DIESE GRÜNEN: Lorenz, was haben die GRÜNEN dafür geben müssen, dass Du Bürgermeister wirst?

Lorenz Bahr: Nichts. Es gab weder Koalitionsverhandlungen, noch gibt es eine Koalition. Auch gibt es keinen Koalitionsvertrag. Schon vor dem Wahlabend war klar, dass nur eine enge Zusammenarbeit zwischen CDU, SPD und GRÜNEN die Probleme lösen lassen, die in dieser Stadt zu lösen sind. Und genau das ist die Konstellation, in der nun Gespräche im Rathaus geführt werden. Keine der großen Fraktionen kann und darf sich aus der Verantwortung stehlen.

DIESE GRÜNEN: An welche Probleme denkst Du aktuell?

Lorenz Bahr: Wuppertal ist eine liebenswerte Stadt. Um sie so zu erhalten, darf sie weder zersiedelt noch kaputt gespart werden. Dieses Bekenntnis für Wuppertal vor dem Hintergrund, dass der Regierungspräsident der Stadt eine Nettoneuverschuldung in 2005 verbo-

ten hat und einschneidende Kürzungen im Personal- und Sozialhaushalt verlangt. Der Rat wird über Prioritäten entscheiden, welche Investitionsmaßnahme unaufschiebbar und welche überhaupt noch durchgeführt werden soll – ob wir wollen oder nicht.

DIESE GRÜNEN: Dann ist es also eher unattraktiv, Bürgermeister der Stadt Wuppertal zu sein?

Lorenz Bahr: Nein. Ganz im Gegenteil. Es ist eine Herausforderung als junger Mensch Prozesse mitzugestalten, die die politische Weichenstellung für morgen bedeuten. Die Wuppertaler Stadtwerke werden umstrukturiert und effektiver gestaltet. Der Schwebbahnausbau wird fortgesetzt, die Regionale 2006 mit allen sechs priorisierten Projekten umgesetzt und der Sozialhaushalt, insbesondere die Jugendhilfemaßnahmen, nicht weiter gekürzt. Alles Entscheidungen, die wir bis Februar 2005 treffen werden. Allerdings wird über den richtigen Weg noch diskutiert.

DIESE GRÜNEN: Als Bürgermeister repräsentierst Du in dieser entscheidenden Zeit aber nur die Stadt ...

Lorenz Bahr: ... und werde deshalb nicht automatisch ein unpolitischer Mensch. Natürlich gestalte ich mit, nur nicht mehr so lauthals; eher leise und mit hoffentlich wohl pointierten Beiträgen. Auf der anderen Seite bin ich Repräsentant und wähle meine Gesprächspartner mit Bedacht aus. Ich möchte Bürgermeister insbeson-

Staffelübergabe: Irmgard Wohlert und Lorenz Bahr

dere der jüngeren Generation sein, insgesamt all derer, die unsere Gesellschaft in ganz unterschiedlichen Funktionen mitgestalten möchten, sei es in Sozialverbänden oder auch in der Wirtschaft. Außerdem Ansprech-

partner der MigrantInnen und deren Organisationen. Dagegen lehne ich es ab, Republikaner und andere Rechtsradikale in den Kreis derer zu zählen, die ich repräsentiere.

DIESE GRÜNEN: Wir danken Dir für

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204, Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Michael Berger, Bettina Brücher, Susanne Fingscheidt, Irene Heiser, Michael Hohagen, Anja Liebert, Thomas Lenz, Jörg Liesendahl, Petra Lückert, Gabriele Mahner, Avraam Mavridis, Regina Orth, Paul Yves Ramette, Gerhard Wilfried Goecke-Hartbrich Schäfer, Ilona Schäfer, Olaf Schmidt, Marc Schulz, Marcel Simon, Susanne Sperling, Thomas Sperling, Dirk Wallraf,

Fotos, auf den Seiten 1,2,5,6: Jörg Lange
Fotos, auf den Seiten: 3,4: Antje Zeis-Loi sowie Archiv GRÜNE und privat

Satz und Gestaltung:
Heinz-Magazin Verlags GmbH,
Tannenbergstr. 35, 42103 Wuppertal,
Tel.: 371 70 - 0

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 19.285

Elberfeld

Elberfeld - West

Uellendahl -
Katernberg

Vohwinkel

Cronenberg

Die Guten Dinge sind Drei. In der BV Elberfeld sind das: Klaus Lüdemann, Dirk Wallraf und Gerta Siller. Und drei Themen liegen den ElberfelderInnen besonders am Herzen:

1. Der Umbau des Döppersbergs im Rahmen der Regionale 2006 zu einem echten Highlight für Wuppertal.
2. Der Umbau der Schwimmpolder unter Beachtung des Denkmalschutzes.
3. Die Weiterführung und Intensivierung der Stadtteilarbeit in den Wohnquartieren (Nordstadt, Ostertal, Südstadt).

Die Elberfelder GRÜNEN wollen den dialogorientierten Politikstil unter starker Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadtteilpolitik fortsetzen. In der Bezirksvertretung sollen Bürgerinnen und Bürger zu bestimmten Themen mitreden dürfen. Nicht auf Verwaltungsvorlagen warten, sondern die Probleme (meist liegen sie auf der Straße) aktiv anpacken und Lösungen finden - so wollen die Drei bündnisgrüne Politik in Elberfeld gestalten.

In der konstituierenden Sitzung wählte die Bezirksvertretung Jürgen Vitenius (SPD) zum Bezirksvorsteher, Franz-Josef Kirch (CDU) und Dirk Wallraf zu seinen Stellvertretern (aller guten Dinge...). Die Zusammenarbeit von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und PDS soll mit Unterstützung der Wählergemeinschaft fortgesetzt werden.

Gerta Siller

Tel.: 0211 - 8 84 28 67 (tagsüber)
Tel.: 0202 - 31 48 16
Gerta.Siller@gruene-wuppertal.de

Dirk Wallraf

Ravensberger Str. 164
42117 Wuppertal
Tel.: 0202 - 43 71 08
Dirk.Wallraf@gruene-wuppertal.de

Klaus Lüdemann

Marienstr. 87
42105 Wuppertal
Tel.: 0202 - 31 48 16
Klaus.Luedemann@gruene-

Wuppertal.de
Im Bezirk Elberfeld-West gibt es zahlreiche städtebaulich interessante Projekte.

Mit den beiden großen jugendstilgeprägten Villenvierteln Zoo und Brill, aber auch den vielen denkmalgeschützten Gebäuden entlang der Friederich-Ebert-Straße und am Arrenberg obliegt der Bezirksvertretung eine besondere Verantwortung im Bereich Denkmalschutz.

Das in der Prioritätenliste hoch angesiedelte Regionaleprojekt „Zoo-Erweiterung“ mit dem Ausbau der ehemaligen Sambatrasse zu einem Fuß- und Radweg wird von der Bezirksvertretung eng begleitet, ebenso kleinere Projekte wie das ehemalige Weinkontor an der Kabelstraße.

Die Bezirksvertretung tagt in der Regel an einem Ort von ebenfalls gesamtstädtischer Bedeutung, im VIP-Raum des Stadions am Zoo. Alle erfreulichen und weniger erfreulichen Ereignisse rund um das Stadion sind auch Gegenstand der Beratungen der Bezirksvertretung.

Regelmäßig auf der Tagesordnung sind auch Jugendprojekte wie der Jugendtreff Arrenberg, die Jugendfarm oder „Zündfunke“, die neben dem regelmäßigem Austausch auch finanzielle Unterstützung finden.

Politisch brisante Projekte wie die ehemalige Deponie am Eskesberg oder die Clees-Gerlich Ruinen an der Katernbergerstraße waren und sind immer noch Diskussionsgegenstand in der Bezirksvertretung. Für uns alles wichtige Themen, die wir auf Grundlage GRÜNER Programmatik mit großem Engagement bearbeiten wollen.

Petra Lücknerath

Bismarckstr. 25
42115 Wuppertal
Tel.: 0202 - 30 23 88 (p)
Tel.: 0202 - 24 32 233 (d)
Petra.Lueckerath@gruene-wuppertal.de

Wilfried Franz Goeke-Hartbrich

Tel.: 0202 - 30 32 34 (p)
Tel.: 0202 - 24 43 496 (d)
WilfriedFranz.Goeke-Hartbrich@gruene-wuppertal.de

Ach gut anderthalbjähriger Zwangspause sind Bündnis 90/Die GRÜNEN wieder in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vertreten.

Die freie Autorin Irene Heiser und der Student Marcel Simon bilden die GRÜNE Fraktion in der Bezirksvertretung. Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung beschloss die Stadtteilgruppe, dass Marcel Simon die Fraktion als Sprecher anführen soll.

Bereits vor der ersten BV-Sitzung einigten sich die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN einmütig darauf, das Amt der/des zweiten stellvertretenden BezirksvorsteherIn aus Kostengründen nicht zu besetzen. Für eine weitete Amtszeit wurde somit Hans-Joachim Luppken (CDU) zum Bezirksvorsteher gewählt und der Sozialdemokrat Mathias Dohmen zu seinem Stellvertreter. Inhaltlich will sich die GRÜNE BV-Fraktion weiterhin dem Reizthema „Kleine Höhe“ widmen. Weiterhin ist uns der Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur im Stadtteil wichtig. Aus diesem Grund gibt es z.B. regelmäßige Treffen mit dem Diakonie-Bewohnertreff „Oase“. Die Vernetzung der politischen Arbeit findet durch die regelmäßig tagende Stadtteilgruppe statt, InteressentInnen sind herzlich dazu eingeladen.

Irene Heiser

Am Deckershäuschen 132
42111 Wuppertal
Tel.: 0202 - 70 84 01
Irene.Heiser@gruene-wuppertal.de

Marcel Simon

Lübecker Str. 18
42109 Wuppertal

In Vohwinkel wurde Gerhard Schäfer einstimmig zum zweiten stellvertretenden Bezirksvorsteher gewählt.

Er kennt die Arbeit in der Bezirksvertretung bereits aus vergangenen Jahren und ist offen für alle Fragen und Anregungen zur Stadtteilpolitik.

[Redacted]

Schwerpunkte in Vohwinkel werden die Fragestellungen rund um die Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs sein, die Verkehrsberuhigung auf der Vohwinkeler Straße vor dem Stationsgarten, eingebettet in eine geräumigere Verkehrsuntersuchung, die weitere Entwicklung des Lienhardplatzes und eine realistische Aufwertungskonzeption für den Bahnhofsvorplatz. Auch der Umgang mit der zentral gelegenen (und ruhenden) Baustelle der Schwebebahn-Endstation sowie die Entwicklung der im Westen liegenden Brache des Blumhardt-Geländes und anderer ortsbildprägender Flächen an dieser Stelle werden Themen für die GRÜNEN im Stadtteil sein.

Auch wenn in den mit den übrigen Parteien geführten Verhandlungen deutliche Unterschiede beispielsweise in der Frage des Umgangs mit den Naturschutzverbänden oder in der Haltung zu einer angedachten „Nordtangente“ deutlich wurden, versprechen die Gespräche für die kommende Legislaturperiode doch insgesamt eine konstruktive, sachbezogene Arbeit in der Bezirksvertretung Vohwinkel.

Gerhard Schäfer

Am Halben Berg 14
42329 Wuppertal
Tel.: 0202 - 27 30 40
Gerhard.Schaefer@gruene-wuppertal.de

[Redacted]

Nach der Kommunalwahl haben sich die politischen Gewichte deutlich verschoben: Verluste bei CDU und SPD, Gewinne bei den GRÜNEN, UWG und WfW, Gleichstand bei der FDP.

Nun müssen sich erstmals sechs Fraktionen „zusammenraufen“! Ein absolutes Novum bei der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung war der gemeinsame Listenvorschlag von CDU, GRÜNEN, FDP, UWG und WfW zur Wahl der Bezirksvorsteherin und der Stellvertreterin.

Gemeinsam war man sich einig, dass die bisherige Bezirksvorsteherin Ingeborg Alker (CDU) ihr Amt sehr zufriedenstellend ausgeübt hat.

Ebenfalls gemeinsam wurde nun die neue GRÜNE Bezirksvertreterin Regina Orth als Stellvertreterin vorgeschlagen.

Keine Überraschung, dass dieser Wahlvorschlag 11 Stimmen erhielt und der Vorschlag der SPD nur 4.

SPD Ratsherr Oliver Wagner äußerte sich verwundert über dieses Verfahren, war doch die SPD nicht gefragt worden, ob auch sie diese Liste unterstützen möchte...

Ganz besonders freut sich die GRÜNE Stadtteilgruppe über dieses Ergebnis. Eine Verdoppelung der Anzahl an BezirksvertreterInnen um 100% ist sehr beachtlich und so hoffen wir, viele GRÜNE Akzente setzen zu können.

Wir werden weiterhin mit offenen Augen die Entwicklung des Dorfes beobachten und so manches Mal den GRÜNEN Finger heben und uns zu Wort melden!

Es ist schon ein gutes Gefühl zu merken, dass unsere gute Arbeit nicht nur registriert, sondern auch honoriert wird.

InteressentInnen an der Stadtteilgruppe sind herzlich eingeladen! In diesem Sinne: Auf ein GRÜNES!!!

Regina Orth

Am Hofe 20
42349 Wuppertal
Tel.: 0202 - 42 41 37
Regina.Orth@gruene-wuppertal.de

Peter Vorsteher

Tel.: 0171 - 2 83 72 26 (mobil)
Peter.Vorsteher@gruene-wuppertal.de

Barmen

Oberbarmen

Ronsdorf

Heckinghausen

Langerfeld - Beyenburg

Eines der erfreulichen Ergebnisse der Kommunalwahl ist, dass sich die Zahl der GRÜNEN Mitglieder in der Bezirksvertretung Barmen verdreifacht hat.

Gleichzeitig sind wir damit auch die drittstärkste Fraktion in der BV – bestehend aus drei relativ neuen Gesichtern. Und alle, die sich mit dem Lernen neuer Namen schwer tun, können wir an dieser Stelle gleich beruhigen: Schäfer, Schmidt und Schulz – das müsste doch für jede/n zu merken sein! Für alle, die etwas genauer wissen möchten, mit wem sie es zu tun haben, stellen wir uns hier in drei Sätzen vor:

Als Sprecherin der Fraktion wurde Ilona Schäfer gewählt, 38 Jahre alt und von Beruf medizinisch-technische Assistentin. Die gebürtige und überzeugte Wuppertalerin hat nebenbei an der Fernuni Hagen Umweltwissenschaften studiert und gehört seit vielen Jahren dem Vorstand der BUND Kreisgruppe Wuppertal an. Umwelt und Stadtentwicklung werden daher auch in der BV ihre Schwerpunkt – Themen sein. Die beiden Mitstreiter an ihrer Seite sind: Olaf Schmidt, 29, diplomierter Sozialwissenschaftler und in seiner Freizeit begeisterter Musiker sowie Marc Schulz, 26 Jahre alt. Er gehört seit diesem Jahr sowohl der Bezirksvertretung als auch dem Rat der Stadt Wuppertal an, ist Student und seit 2002 Mitglied von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Wuppertal. In der BV werden die drei sich für möglichst einvernehmliche Entscheidungen im Sinne des Stadtbezirks einsetzen und dies auch in die Bevölkerung transportieren. „Dabei wollen wir auch aktiv Themen aufgreifen und Anregungen aus der Bevölkerung aufgreifen.“

Ilona Schäfer
Tel.: 0160 - 6 96 80 46
Tel.: 0202 - 88 70 02

Olaf Schmidt
Tel.: 0160 - 3 27 16 18
Marc Schulz

Erstmals zu zweit werden wir uns nun in die Politik in Oberbarmen einmischen.

Gestärkt durch dieses hervorragende Wahlergebnis werden wir nun versuchen, unsere Vorstellungen von GRÜNER Politik noch engagierter in die BV einzubringen:

- Stärkung der multikulturellen Lebenswelten in unserem Bezirk. Denn in Oberbarmen leben viele MigrantInnen – wir möchten dazu beitragen, dass sich ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen entwickeln kann.
- Aktive Stadtteilpolitik, die sich der Leerstände annimmt. Denn Leben im Viertel meint immer auch Versorgung im Viertel. Kaufkraft muss vor Ort gebunden werden.
- Mehr Freiraum für Kinder und Jugendliche. Denn Oberbarmen ist ein sehr dicht besiedelter Bezirk. Kleinräumige Spiel- und Bolzplätze sind unabdingbar für eine aktive Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen
- Ausweisung intelligenter Rad-Fußweg-Verbindungen. Denn es gibt viel mehr potenzielle RadfahrerInnen, als man so glaubt.
- Aber wir sehen auch die sozialen Probleme vor unserer Tür. In Wichlinghausen brauchen wir daher eine Anlaufstelle – als Wärmestube, als Café, das muss in Zusammenarbeit mit der Verwaltung vorangetrieben werden.

Die konstituierende Sitzung der BV fand unter massivem Polizeischutz statt – Auslöser war die Wahl eines Vertreters der Republikaner in die BV. Oberbarmen ist ein vielfältiger, abwechslungsreicher und lebenswerter Bezirk. Wir möchten dazu beitragen, die liebenswerten Seiten herauszustellen und die Probleme zu bekämpfen.

Avraam Mavridis
Tannenstr. 126 b
42283 Wuppertal
Tel.: 0202 - 55 14 45
Avraam.Mavridis@gruene-wuppertal.de

Susanne Fingscheidt
Freiheitstr. 67
42277 Wuppertal
Tel.: 0202 - 64 12 23
Susanne.Fingscheidt@gruene-wuppertal.de

uch in Ronsdorf sind Bündnis 90/DIE GRÜNEN erstmals mit 2 Mitgliedern in der BV vertreten.

Für die nächsten 5 Jahre werden der 22-jährige Angestellte Sebastian Themel sowie der 50-jährige Sozialarbeiter und Heimleiter Michael Hohagen GRÜNE Politik in und für Ronsdorf betreiben.

Sie treten die Nachfolge von Jürgen Harz an, der nach langjähriger Mitarbeit bei den Wuppertaler GRÜNEN die BV Ronsdorf verlassen hat. Jürgen sei auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für seine gute und wichtige Arbeit in Ronsdorf und im Tal gedankt. Neben Wohnumfeldverbesserung ist nachhaltige Stadtteilentwicklung unser besonderes Anliegen. Diese darf kein Diktat von oben sein, sondern muss die Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen braucht es neben bürgerschaftlichem Engagement auch Phantasie und originelle Ideen.

Auch die Wahrung der Belange von Naturschutz, Landwirtschaft und Freiraum ist in Ronsdorf von hoher Bedeutung. Die Gestaltung von Verkehrsabläufen muss Mobilität für alle sicherstellen. Zu unterstützen ist ökologisches und energieeffizientes Bauen, die Errichtung von Blockheizkraftwerken sowie die deutliche Stärkung von Windkraft, Biogas und Solarenergie.

Ein für ganz Wuppertal erforderliches tragfähiges Gewerbeflächenkonzept unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien muss auch in Ronsdorf zur Anwendung kommen und Früchte tragen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, allen die Chance zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten eröffnet, in der eine Kultur der Solidarität und Toleranz herrscht.

So gilt es, auch vor Ort in den Stadtteilen ein Klima zu schaffen, in dem gegenseitige Anerkennung im Mittelpunkt steht. Ausgrenzendes Handeln gegenüber Menschen, deren Erscheinungsbild oder Lebensweise von den geltenden Normen abweicht, wird von uns nicht akzeptiert.

Sebastian Themel
Sebastian.Themel@gruene-wuppertal.de

Michael Hohagen

In die Bezirksvertretung Heckinghausen zog am 26.9.04 der Biologe Jörg Liesendahl als Vertreter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein.

Bei der konstituierenden Sitzung wurde er zum zweiten Stellvertreter des Bezirksvorstehers Egon Köhler (CDU) gewählt.

Jörg Liesendahl wird versuchen, GRÜNE Politik mit den Themen-Schwerpunkten Umweltsituation im Stadtteil und der sozialen Situation (z.B. hinsichtlich der Entwicklung der Grundschulen) wirksam in die BV zu bringen.

Dabei wird er intensiv von der neu gegründeten GRÜNEN Stadtteilgruppe in Heckinghausen unterstützt, deren Themenvorschläge und Anregungen er in praktische Arbeit für den Stadtteil umsetzen will.

Alle InteressentInnen sind herzlich willkommen in der Stadtteilgruppe!

Jörg Liesendahl
Freiligrathstr. 64
42289 Wuppertal
Tel.: 0202 - 62 30 80
Fax: 0202 - 62 30 80
Joerg.Liesendahl@gruene-

In Langerfeld-Beyenburg konnten wir die Anzahl unserer

Mandate verdoppeln. Thomas Sperling und Michael Berger lösten den langjährigen Bezirksvertreter Jost Schneider ab, dem wir an dieser Stelle nochmals herzlich für sein Engagement danken! Als Sprecher der neuen Fraktion wurde

Thomas Sperling gewählt, 41 Jahre alt und von Beruf EDV-Fachmann. In seiner Freizeit kümmert sich der gebürtige Langerfelder mit anderen Freiwilligen um die Pflege und den Erhalt des Wildgeheges auf dem Ehrenberg. Michael Berger, 52 Jahre alt, ist von Beruf Bauingenieur und lebt seit 21 Jahren in Langerfeld. In gewohnter Einstimmigkeit wurden bei einer Enthaltung Hans-Willi Boukes (CDU) zum Bezirksvorsteher und Eberhard Hasenclever (SPD) zu seinem Stellvertreter gewählt. Auf einen weiteren Stellvertreter wurde aus Kostengründen verzichtet. Ein wichtiges Thema wird für uns die Einrichtung einer Offenen Ganztagsgrundschule in Langerfeld sein. Der geplante Umzug der Fritz-Harkort-Schule in eine kinderfreundlichere Umgebung stellt hierbei eine große Chance dar. Eine weitere Neuheit ist die erste GRÜNE Langerfelder Stadtverordnete. Susanne Sperling ergänzt das neue Trio und steht wie die Bezirksvertreter für Anregungen und Fragen gern zur Verfügung.

Thomas Sperling
Tel.: 0202 - 976 0 976
Thomas.Sperling@gruene-wuppertal.de

Michael Berger
Tel.: 0202 - 60 48 22
Michael.Berger@gruene-wuppertal.de

■ Michael Hohagen, Vorstandssprecher der GRÜNEN im Gespräch mit Thomas Lenz, Leiter des Ressorts Jugendamt und soziale Dienste und Dirk Wallraf, Vorsitzender der Arbeitslosenhilfe Wuppertal e.V.

Fortsetzung von Seite 5

Einen der wesentlichen Kritikpunkte in den vergangenen Monaten stellen die geplanten Arbeitsgelegenheiten, insbesondere die sog. "Ein-Euro-Jobs" dar. War bzw. ist die Kritik an diesen Maßnahmen hinsichtlich etwa der Auswirkungen auf einzelne Betroffene und die gesetzlich vorgegebenen Sanktionen bei Nichtannahme gerechtfertigt?

Lenz: Ich glaube, dass die Frage der Arbeitsgelegenheiten in der gesamten Diskussion vollkommen überbewertet wird. Ich habe eben ja das Beispiel genannt von den 37 Mio. Euro, die hier in Wuppertal für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Davon sind zur Zeit lediglich 5 Mio. für Arbeitsgelegenheiten verplant, die sich im übrigen ja auch in sehr wichtigen sozialen Bereichen abspielen sollen. Der große Rest des Budgets ist vorgesehen für Qualifizierungsmaßnahmen. Im übrigen halte ich es nicht für eine soziale Kälte, wenn man einem unter 25-Jährigen, der zu uns kommt sagt, wir finanzieren dir die Wohnung, wir finanzieren dir deinen Lebensunterhalt, dafür machst du aber bitte verpflichtend deinen Hauptschulabschluss nach. Zum anderen ist das Leistungsgefüge bei diesen Arbeitsgelegenheiten durchaus vergleichbar mit dem Leistungsgefüge, das wir heute in den allgemeinen anerkannten ASS (Arbeit-Statt-Sozialhilfe)-Stellen haben.

Wallraf: Ich fände es sinnvoll mit den vorhandenen finanziellen Mitteln feste Stellen einzurichten. Ein fester Arbeitsplatz wäre für die Betroffenen wesentlich interessanter als der „Ein-Euro-Job“, bei dem man nach 6 Monaten genau so weit ist wie vorher. Es ist für das Selbstwertgefühl der Menschen schon ein großer Unterschied, ob sie nur ein paar Euro dazu verdienen können oder in einem festen Job Anerkennung finden.

Lenz: Da stimme ich dem Kollegen Wallraf zu: ein fester Arbeitsplatz ist für die Menschen allemal besser als das, was wir hier im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt organisieren, aber das ist nicht Aufgabe der ARGE. Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft muss neben der Sicherstellung des Lebensunterhalts die Verbesserung der Voraussetzungen zur Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt sein.

Vielfach wird die Befürchtung geäußert, dass durch die sog. "Ein-Euro-Jobs" ein erheblich ausgeweiteter Niedriglohnsektor durch die Hintertür eingeführt wird. Muss damit gerechnet werden, dass Normalbeschäftigte in bereits jetzt bestehenden Niedriglohnbereichen beispielsweise in Einzelhandel und Dienstleistung durch Ein-Euro-Jobber ersetzt werden?

Lenz: Wir müssen uns genau ansehen, wo diese Arbeitsgelegenheiten entstehen. Sie entstehen in erster Linie in Bereichen, die gemeinnützig arbeiten, die in den Stellen wahrgenommene Tätigkeit muss zusätzlich sein. Gerade dieser Punkt ist auch den Tarifparteien wichtig, mit denen wir eine enge Abstimmung vereinbart haben. Zum zweiten: nordische Länder oder Holland haben diese Art von Beschäftigung schon lange, hier beweisen auch entsprechende wissenschaftlicher Untersuchungen, dass genau das Gegenteil passiert.

Wallraf: Das bleibt nur zu hoffen, man hört ja doch, dass in einzelnen Städten etwas anderes angedacht wird. Ob es so ist weiß man nicht, bislang sind das vorwiegend Gerüchte. Es bleibt wirklich zu hoffen, dass das nicht eintrifft, denn das würde wirklich Arbeitsplätze vernichten.

In den letzten Wochen wird zunehmend die Frage diskutiert, inwieweit

auch der Privatwirtschaft ermöglicht werden soll, Ein-Euro-Jobs anzubieten. Existieren derartige Planungen auch in Wuppertal?

Lenz: Nein, weil der Gesetzgeber das auch ganz deutlich ausschließt. Es hat natürlich im Vorfeld schon die eine oder andere Anfrage eines privaten Unternehmers gegeben. Diese Anfragen sind verneint worden, die ARGE plant ausdrücklich nicht, bei der Privatwirtschaft solche Stellen einzurichten. Das würde unseren Vereinbarungen, in welchen Bereichen die Stellen eingerichtet werden sollen, widersprechen.

Gibt es bisher nicht genutzte Möglichkeiten, die neuen Sozialgesetze im Interesse benachteiligter Bevölkerungsgruppen einzusetzen?

Lenz: Ja, insbesondere für die heutigen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, die wir ja auch besonders im Fokus haben, eröffnet das Gesetz eine Fülle von neuen Fördermöglichkeiten, die bisher für diese Personengruppe verschlossen waren. Ich habe die große Hoffnung, dass wir dadurch vielen Menschen wieder eine vernünftige Perspektive geben können. Das Leistungssegment, das Fördersegment ist wesentlich größer

und bietet eigentlich alle Möglichkeiten, individuell – und das soll die ARGE ja machen – zu beraten, individuell zu qualifizieren, um letztendlich die Chancen zur Integration in den 1. Arbeitsmarkt zu verbessern.

Frauen sind – etwa über die verschärften Anrechnungsbestimmungen – künftig besonders betroffen. Was bedeutet dies z.B. für alleinerziehende Frauen?

Lenz: Diese Anrechnungsbestimmungen gibt es zumindest in der Sozialhilfe schon heute.

Generell müssen wir auch als ARGE der besonderen Rahmenbedingungen von beispielsweise alleinerziehenden Frauen Rechnung tragen. In dem noch abzuschließenden Vertrag mit der Agentur für Arbeit wird deshalb auch die Gleichstellung von Mann und Frau eine besondere Bedeutung erhalten. Zum anderen haben wir in speziellen Angelegenheiten, z.B. in den Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit der Situation von Frauen in Frauenhäusern auftreten, schon spezielle Vereinbarungen getroffen.

Die Gleichstellungsbeauftragten beider Behörden werden auch in einen Beirat berufen, der beratend die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft begleiten soll.

Dirk Wallraf

Michael

Thomas Lenz

Sie können sich entweder über die Geschäftsstelle der Ratsfraktion mit uns in Verbindung setzen:

Rathaus Barmen, Zimmer 147
Wegnerstraße 7
42269 Wuppertal
Tel.: 0202 - 5 63 62 04 oder 55 57 99
Fax : 59 64 88
fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

oder persönlich mit unseren Stadtverordneten Kontakt aufnehmen:

Gerta Siller
email: Gerta.Siller@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0211 - 8 84 28 67

Peter Vorsteher
email: Peter.Vorsteher@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0171 - 2 83 72 26 (mobil)
Fax: 0202 - 40 89 38

Gabriele Mahnert
email: Gabriele.Mahnert@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0202 - 9 42 24 65

Lorenz Bahr
email: Lorenz.Bahr@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0202 - 2 82 21 88

Bettina Brücher
email: Bettina.Bruecher@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0202 - 5 63 63 04 (d)
Tel.: 0177 - 5 36 93 32 (mobil)

Paul Yves Ramette
email: PaulYves.Ramette@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0202 - 42 41 37 (p)
Tel.: 0177 - 5 47 21 99 (mobil)

Susanne Sperling
email: Susanne.Sperling@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0202 - 87 811 (d)
Tel.: 0202 - 9 76 09 76 (p)

Marc Schulz
email: Marc.Schulz@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0151 - 12 73 66 20 (mobil)

Anja Liebert
email: Anja.Liebert@gruene-wuppertal.de
Tel.: 0202 - 43 31 72

Erreichbarkeit der Stadtverordneten

■ Michael Hohagen, Vorstandssprecher der GRÜNEN im Gespräch mit Thomas Lenz, Leiter des Ressorts Jugendamt und soziale Dienste und Dirk Wallraf, Vorsitzender der Arbeitslosenhilfe Wuppertal e.V.

Am 01.01.05 tritt das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, kurz „Hartz IV“, in Kraft.

In der öffentlichen Diskussion tobten monatelang heftige Auseinandersetzungen über das Für und Wider. Auch jetzt sind noch viele Fragen offen, etliche Probleme nicht abschließend gelöst.

Der Wuppertaler Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sprach sich auf einer Mitgliederversammlung im vergangenen Jahr wegen erheblicher Zweifel an der sozialpolitischen Verträglichkeit gegen die neuen Gesetze aus. Ohne an der seinerzeit geübten grundsätzlichen Kritik Abstriche zu machen, bemühen wir uns derzeit, konstruktiv an der Umsetzung mitzuwirken und auf die Lösung der noch offenen Fragen im Interesse der betroffenen Menschen Einfluss zu nehmen.

In Wuppertal bilden Stadtverwaltung und Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung von Hartz IV. Sie tragen künftig gemeinsam die Verantwortung für Arbeitsvermittlung und Sicherstellung des Lebensunterhaltes arbeitsloser Menschen und ihrer Angehörigen.

Im Gespräch mit Michael Hohagen, Vorstandssprecher der Wuppertaler GRÜNEN, beleuchten Thomas Lenz, Leiter des Ressorts Jugendamt und soziale Dienste der Stadt Wuppertal sowie designierter Geschäftsführer der ARGE und Dirk Wallraf, erster Vorsitzender der Arbeitslosenhilfe Wuppertal e.V., die aktuelle Situation in Wuppertal.

Drei Ansichten auf ein Thema: Politik, Verwaltung und Arbeitslosenhilfe beleuchten verschiedene Aspekte der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II und deren Umsetzung im Tal.

Nach monatelangen teils erbittert geführten öffentlichen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Inkrafttretens von Hartz IV scheinen sich die Gemüter derzeit beruhigt zu haben. Die Ruhe vor dem erneuten Sturm in Januar 2005?

Lenz: Nein, aus meiner Sicht ganz bestimmt nicht. Die Vorbereitungen zur pünktlichen Leistungsgewährung zum 01. Januar 2005 sind nahezu abgeschlossen. Nach heutigen Gesichtspunkten wird es in 2005 keinen Sturm geben, sondern das, was erreicht werden sollte, nämlich eine pünktliche Auszahlung der Hilfe. Auch werden wir eine Fülle von Qualifizierungsmaßnahmen anbieten können, um den Betroffenen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Wallraf: Ich denke, im Januar wird es noch keinen Sturm geben, aber vielleicht einige Wochen oder sogar einige Monate später, wenn die Leute gemerkt haben, dass da ganz große Fehler passiert sind auch bei der Berechnung ihrer Anträge; da denke ich schon, dass es zu Protesten kommen wird.

Wieviele Menschen sind in Wuppertal von den Umstellungen betroffen? Wie wirken Sie sich aus?

Lenz: Rund 30.000 Menschen sind in Wuppertal von den Umstellungen betroffen, und besonders für heutige Sozialhilfeempfänger/innen wird es vom Leistungsgefüge bis hin zu den Integrationsmaßnahmen eine Menge an positiven Veränderungen geben: das Leistungsgefüge im Integrationsbereich ist wesentlich differenzierter im Vergleich zu den heutigen Rahmenbedingungen. Viele andere Punkte kommen hinzu, wie zum Beispiel die Rentenversicherung.

Wallraf: Anders sieht es natürlich bei den Leuten aus, die bis jetzt Arbeitslosenhilfe bekommen haben. Da sind teilweise erhebliche Verschlechterungen festzustellen, jedenfalls bei den Berechnungen, die wir bisher angestellt haben. Es ist unterschiedlich: tief fallen die Menschen, die bisher eine relativ hohe Arbeitslosenhilfe erhalten

haben.

Hartz IV steht unter dem Motto „Fordern und Fördern“. Kann angesichts des Fehlens (und weiteren Abbaues) „regulärer“ Arbeitsplätze ernsthaft davon die Rede sein, dass sich durch die neuen Sozialgesetzliche Möglichkeiten zur existenzsichernden Erwerbsarbeit für Arbeitslose ergeben, die sie bisher nicht hatten?

Lenz: Arbeitsplätze kann die ARGE nicht schaffen, das ist so. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist Aufgabe der Industrie, Aufgabe des Handwerkes. Ich glaube aber schon, dass sie eine Menge Voraussetzungen schaffen kann, damit Leute, die heute noch Schwierigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, ihre Probleme besser in den Griff bekommen.

Wallraf: Dem kann ich eigentlich nur beipflichten, Arbeitsplätze werden dadurch natürlich keine geschaffen, was man den Leuten aber auch sagen sollte. Das finde ich das Schlimme an

der ganzen Sache: es wird nicht offen damit umgegangen, den Leuten wird gesagt, das sei eine große Chance und daran glaube ich wirklich nicht.

In welchem Umfang stehen für die Umsetzung von Hartz IV in Wuppertal Mittel zur Verfügung? Wie verteilen sie sich auf die einzelnen Maßnahmen?

Lenz: Nach den heutigen Planungen stehen rund 37 Mio. Euro für Integrationsmaßnahmen in Wuppertal zur Verfügung. Dies ist eine deutliche Erhöhung gegenüber den heute vorhandenen Mitteln der Agentur und der Stadt. Darüber hinaus hat die Arbeitsgemeinschaft ein Budget von 19 Mio. Euro, um das Personal einzustellen bzw. zu finanzieren, die zukünftig über Fallmanagement und Leistungsgewährung die Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -Bezieher betreuen werden.

In Wuppertal bilden Stadtverwaltung und Bundesagentur für Arbeit

eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung von Hartz IV. Sie tragen künftig gemeinsam die Verantwortung für Arbeitsvermittlung und Sicherstellung des Lebensunterhaltes arbeitsloser Menschen und ihrer Angehörigen.

Wie stellt sich die Zusammenarbeit dieser doch sehr unterschiedlichen Behörden derzeit und künftig dar?

Lenz: Natürlich wird das für beide Behörden schwierig. Wir haben eine ganz andere Organisation, wir haben eine ganz andere Historie. Wir haben uns aber nicht beim Jammern aufgehoben, sondern ganz pragmatisch in den letzten Monaten versucht, auch mit Blick auf den 1. Januar 2005 die Leistungsgewährung und ein ansehnliches Programm zur Integration sicherzustellen. Das sind wir den Menschen, die auf diese Hilfe angewiesen sind, auch schuldig. Dieser pragmatische Weg hat – trotz aller Schwierigkeiten – zu einer deutlichen Annäherung beider Organisationen geführt. Jede Organisation

musste natürlich in der Diskussion an der einen oder anderen Stelle Abstriche machen, musste Kompromisse eingehen, aber insgesamt sind wir gemeinsam gewappnet, den Job, den uns der Gesetzgeber zum 1. Januar auferlegt hat, auch vernünftig zu tun, auch im Interesse der Betroffenen.

Wallraf: Am Anfang der Diskussion wäre es mir eigentlich lieber gewesen, die Stadtverwaltung, die doch etwas näher an den Menschen dran ist und nicht so schwerfällig wie die große Bundesbehörde arbeitet, hätte die Verantwortung komplett übernommen, aber so, wie es aussieht und was zu hören ist, scheint die Zusammenarbeit sehr gut zu laufen.

Wer wird außer den genannten Behörden beratend und unterstützend an der Umsetzung von Hartz IV in Wuppertal mitwirken? Welche Verfahren sind hierbei geplant?

Lenz: Für uns ganz wichtig in diesem Zusammenhang sind die Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Die Träger haben wir sowohl in der Diskussion über die Organisation als auch über die inhaltliche Ausrichtung der ARGE jetzt schon einbezogen und diese Organisationen werden auch zukünftig ein wesentlicher Gesprächspartner für uns sein. Darüber hinaus haben wir uns in der ARGE dezentral organisiert, und das ist dann auch ein Signal an alle Verbände, Vereine und Organisationen in den Stadtteilen, mit uns gemeinsam ab Januar dezentral in Bezirkssozialdienststrukturen den wichtigen Job zu machen.

Wallraf: Ich wünsche mir im Bereich der Qualifizierung und Weiterbildung der sogenannten „Ein-Euro-Jobber“ ein qualitativ gutes Angebot unter Berücksichtigung von Wuppertaler Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Auch die ämterunabhängige Beratung muss trotz der angeblichen Doppelung der Angebote in den Jobcentern in Wuppertal weitergeführt werden.

7) Einen der wesentlichen Kritikpunkte
Fortsetzung Seite 6